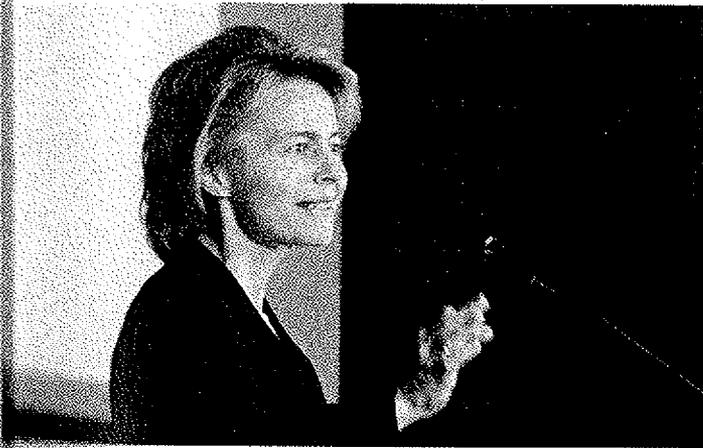


Dr. Ursula von der Leyen
Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Eine moderne Familienpolitik funktioniert nur mit einer modernen Gleichstellungspolitik

Zusammenfassung der Rede durch Gabriele Wenner,
Leiterin Frauenreferat Frankfurt am Main



Bundesfamilienministerin Dr. Ursula von der Leyen besuchte am 18. August 2008 die Bundeskonferenz der kommunalen Frauenbüros und Gleichstellungsstellen in Frankfurt am Main. Dort sprach sie den kommunalen Gleichstellungsbeauftragten Dank und Anerkennung für ihre Arbeit aus.

„Sie haben die Gleichstellungspolitik professionalisiert. Diese Konferenz ist das beste Beispiel dafür: Die Impulse aus den Kommunen kommen hier zusammen, werden hier gebündelt und können mit einer starken Kraft dahinter in die Bundespolitik einfließen“, lobte Ursula von der Leyen. „Wir können stolz auf das sein, was Frauen in den letzten 50 Jahren erreicht haben. Und das ist auch Ihr Erfolg.“

Von der Leyen zog – 50 Jahre nach dem Inkrafttreten des Gleichberechtigungsgesetzes von 1958 – Bilanz über das bisher Erreichte und betonte drei Kernanliegen moderner Gleichstellungspolitik: die gleiche Teilhabe von Frauen und Männern am Erwerbsleben, die Erweiterung der stereotypen Rollen von Frauen und Männern und den Schutz vor Gewalt gegen Frauen und Kinder.

Die Ministerin ging davon aus, dass in den letzten fünfzig Jahren „unglaublich viel erreicht“ worden sei. Ursula von der Leyen machte deutlich, dass vor allem im Bildungsbereich nach fünfzig Jahren Gleichstellungsgesetz deutliche Erfolge zu sehen seien. Allerdings, so ihr Gesamtcredo, die alten Themen seien weiterhin aktuell, nur „mit anderen Qualitäten“ – so hätten z. B. Frauen die Bildung

„grandios erobert“ – die Bildungsbenachteiligung träfe inzwischen nicht mehr vorrangig „das katholische Mädchen vom Lande“, sondern den „Jungen mit Migrationshintergrund in der Stadt“.

Die Bildungsvorteile von Mädchen erweisen sich im Erwerbsleben jedoch nicht als Garant für Karrierechancen. So sei Deutschland im europäischen Vergleich z. B. Schlusslicht bei dem Anteil von Frauen mit Kindern in Führungspositionen. Es sei deshalb wichtig, die „gläserne Decke“ für Frauen in Führungspositionen zu durchbrechen. Die Ermöglichung von „Führung in Teilzeit“ für Frauen und für Männer ist nach von der Leyen ein erklärtes gleichstellungspolitisches Ziel. Bezug nehmend auf eine jüngste Studie von Jutta Allmendinger, in der 17- bis 27-jährige Männer danach befragt wurden, wer in Zukunft in Deutschland eine tragende Rolle haben sollte, zog die Mehrheit den „aktiven Vater“ dem „Karriere-Mann“ vor. Dies wertet von der Leyen als eine „vorhandene Möglichkeit in den Köpfen“, die es politisch zu realisieren gelte.

Die Bundesministerin möchte mit ihrer Politik zudem vor allem junge Familien stärken und ermutigen, Kinder zu erziehen. Mütter und Väter sollen Familie und Beruf besser vereinbaren können und die Erziehungsaufgabe partnerschaftlich teilen. Das Elterngeld und der konsequente Ausbau der Kinderbetreuung sind dabei wichtige Schritte. „Im Jahr 2013 kommt der Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz, die Mittel stehen zur Verfügung – rufen Sie sie ab!“, forderte Ursula von der Leyen auf.

Die Ministerin sprach auch über gleichstellungspolitische Herausforderungen. Sie kritisierte vor allem die nach wie vor bestehenden Verdienstunterschiede zwischen Frauen und Männern und forderte einen Wandel, um insbesondere Beruf und Familie besser miteinander in Einklang bringen zu können: „Was wir brauchen sind Rahmenbedingungen, die Frauen die gleichen Berufs- und Karrierechancen ermöglichen wie Männern“, sagte die Ministerin.

„Aber wir nehmen auch die älteren Frauen und Mütter in den Blick: Ihnen muss man den Wiedereinstieg in den Beruf erleichtern und Chancen schaffen, damit sie beruflich wieder durchstarten können“, so die Bundesfamilienministerin. „Neue Wege der Weiterqualifikation müssen begangen werden und das negative Image von Teilzeitarbeit muss sich ändern. Wir werden in nächster Zeit mit dem Programm ‚Perspektive Wiedereinstieg‘ konkrete lokale Projekte etablieren.“

„Gleichstellungspolitik funktioniert nicht ohne eine moderne Familienpolitik und umgekehrt“, so die Ministerin zum Abschluss.

✓ KSt-Anz. 25.3.08

Sexistische Werbung

Werberat rügt „Missbrauch der Nacktheit“

Kleine Firmen mit unprofessionellem Marketing verärgern Verbraucher.

VON ANNE BURGNER

Die Abbildung einer nackten Frau auf dem Lieferwagen eines „Fleischwaren Frischdienstes“, auf ihrem Körper der Aufdruck „Kontrollierte Qualität“, daneben der Slogan „Schönheit kommt von innen“. – Immer häufiger wenden sich Bürger mit Beschwerden wegen solcher sexistischer Reklame an den Deutschen Werberat. Das berichtete das Selbstkontrollgremium der Werbewirtschaft, bei dem sich jeder Bürger beschweren kann, gestern in Berlin.

Unklare Tendenz

Bei 42 Prozent der Proteste im Jahr 2008 warfen die Beschwerdeführer den Unternehmen frauenfeindliche Tendenzen vor, im Vorjahr betraf dies 33 Prozent der Fälle. 110 Kampagnen wurden im vergangenen Jahr mit dem Vorwurf der Frauenfeindlichkeit konfrontiert, in mehr als einem Drittel der Fälle stimmte der Werberat der Kritik zu. Unklar sei, ob sexistische Werbung tatsächlich zugenommen habe oder vielmehr die Sensibilität in der Bevölkerung gestiegen sei, sagte der Vorsitzende des Werberats, Hans-Henning Wiegmann.

Mit 264 Verbraucherbeschwerden beschäftigte sich der Werberat 2008. In 88 Fällen sah das Kontrollgremium Grund zur Kritik, das waren sieben mehr als 2007. 82 Kampagnen wurden daraufhin von den werbenden Unternehmen zurückgezogen oder verändert. In sechs Fäl-

len erteilte das Gremium öffentliche Rügen, weil die Firmen sich zunächst weigerten, die Werbung zu korrigieren. Das ist eine Verdoppelung im Vergleich zu 2007.

Auch die Rügen betrafen überwiegend die Abbildung nackter Frauen. Neben der beschriebenen Werbung des Fleischlieferanten rügte der Rat auch das Anzeigenmotiv einer Wesseling Computerfirma. Neben den angepriesenen PC-Gehäusen reckte eine nackte Frau ihren Arm in die Höhe. Der Werberat kritisierte, dass die Nacktheit als Blickfang missbraucht werde ohne dass ein Bezug zu den Computern zu erkennen sei. Auch zwei Restaurants, die ihre Wildspeisen mit der Abbildung halbnackter Frauen und der Überschrift „Total wild“ bewarben, erhielten eine Rüge. Ein Likörhersteller wurde abgemahnt, weil er sein neuestes Produkt „Ficken“ nannte. Gerügt wurde auch ein Unternehmen, dass auf seiner Internetseite für die angebotene Ahnenforschung mit einem Bild von Adolf Hitler warb.

Vom Vorwurf frauenfeindlicher Werbung waren laut dem Kontrollgremium hauptsächlich kleinere Firmen mit unprofessioneller Kampagnenarbeit betroffen. Für diese und alle weiteren in Deutschland werbenden Unternehmen bietet der Zentralverband der deutschen Werbewirtschaft, der Träger der Werberats, ab Mai eine freiwillige Vorkontrolle an. „Dieses Angebot an die Wirtschaft soll dazu beitragen, Bürger vor Entgleisungen der Wirtschaftswerbung und Firmen vor teuren Imageschäden zu bewahren“, sagte Wiegmann.

© www.werberat.de

Sinus-Milieustudie zu Diskriminierung im Alltag djb: Gleichbehandlungsgesetz muss verbessert werden

zwd Berlin (tag/jz). Anlässlich der veröffentlichten Sinus-Milieustudie zu Diskriminierung im Alltag hat der Deutsche Juristinnenbund (djb) am 6. April Verbesserungen beim Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) gefordert. Scharfe Kritik übte djb-Präsidentin Jutta Wagner an der Aussage der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, dass sich aus dieser Studie kein gesetzlicher Regelungsbedarf ableite.

Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes verfehle ihre Aufgabe, wenn sie sich gegen einen Diskriminierungsschutz durch Gesetz ausspreche, warnte der djb. Nach seiner Auffassung schützt das geltende AGG nur unzureichend vor Diskriminierung. Nicht einmal die geltenden EU-Antidiskriminierungsrichtlinien seien darin vollständig umgesetzt worden. Individualklagen böten schon deswegen nur selten einen wirksamen Schutz, weil Diskriminierte weiterhin Beweisprobleme hätten und tatsächlich abschreckende Sanktionen fehlten. Nach wie vor werden insbesondere Frauen wegen ihres Geschlechts im Erwerbsleben diskriminiert. Gleichwohl gibt es vor den Arbeitsgerichten nur wenige Klagen.

„Um wirkungsvoll klagen zu können, brauchen Diskriminierte eine volle Beweislastumkehr sowie abschreckende Sanktionen im Fall einer gerichtlich festgestellten Diskriminierung“, forderte Wagner. Der Individualklage sollte zudem eine Verbandsklage an die Seite gestellt werden, ergänzte sie.

Nur 34 Prozent kennen AGG

Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes stelle sich selbst ein Armutszeugnis aus, kommentierte die frauenpolitische Sprecherin der Grünen-Bundestagsfraktion, Irmingard Schewe-Gerigk, die Studienergebnisse. „Nur 34 Prozent der Befragten kennen das Allgemeine

Fortsetzung auf Seite 3

Fortsetzung von Seite 2

Gleichbehandlungsgesetz“, kritisierte sie. Es gebe daher viele falsche Vorstellungen über die reale Situation bei Diskriminierungen in Deutschland ebenso wie über die bestehende Gesetzeslage.

Großer Teil der Befragten für Maßnahmen in der Wirtschaft

Quer durch die verschiedenen Sozialmilieus glauben die Befragten der neuen Sinus-Milieustudie, dass Frauen in Deutschland immer noch benachteiligt sind. Um in der Arbeitswelt gleiche Bezahlung und bessere Karrierechancen für Frauen zu erreichen, befürwortet ein großer Teil der Studienteilnehmerinnen sogar gezielte Gleichstellungsmaßnahmen (s. Tabelle, S. 2). Obwohl Chancengleichheit als Basis für den wirtschaftlichen und politischen Erfolg betrachtet wird, äußern die meisten der Befragten jedoch deutliches Misstrauen gegenüber den Gleichstellungsbemühungen von Unternehmen.

Die Sinus-Milieus gruppieren Menschen, die sich in ihrer Lebensweise und -auffassung ähneln. „Es gibt im Bezug auf Diskriminierung nicht die eine Sichtweise, sondern ein breites Spektrum an Verhaltens- und Erlebnisweisen, die den Alltag beeinflussen“, erklärte Berthold Bodo Flaig, Geschäftsführer der Forschungsgruppe Sinus Sociovision. Deshalb sei es von besonderer Bedeutung gewesen, das seit den 1980er Jahren etablierte Verfahren der „Sozialmilieuanalyse“ zu verwenden, welches statistische Analysen nach sozialen Gruppen sortiert. Für die Gleichstellung von Frauen gebe es zwar eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung, jedoch seien einige Milieus weniger aufgeschlossen als andere. Während die Gruppen der „modernen Unterschicht“ und der „gebildeten Elite“ einer generellen Gleichstellungspolitik wohlwollend gegenüber stehen, empfinden die Milieus der „Konservativen“ und „Traditionsverwurzelten“ die vorhandenen Ungleichheiten weniger problematisch.

Die Studie im Internet:
www.antidiskriminierungsstelle.de

Akzeptanz für Antidiskriminierungsmaßnahmen in der Wirtschaft				
Antidiskriminierungs- und Diversity-Maßnahmen	a Befürworte ich	b Ist mir gleichgültig	c Lehne ich ab	a-(b+c) Akzeptanz- summe
Schaffung geeigneter Arbeitsplätze für Behinderte	85%	14%	0%	+ 71%
Erleichterung der beruflichen Wiedereingliederung nach der Elternzeit	82%	17%	1%	+ 64%
Angebot von Altersteilzeit	81%	17%	2%	+ 62%
Angebot von flexiblen Arbeitszeitmodellen	80%	17%	2%	+ 61%
Einrichtung von betriebs-eigenen Kindertagesstätten	78%	18%	4%	+ 56%
Telearbeit, d. h. die Möglichkeit, von zu Hause aus zu arbeiten	70%	26%	4%	+ 40%
Gezielte Förderung von Frauen in ihrer beruflichen Laufbahn	63%	30%	7%	+ 26%
Konsequente Ahndung von Verstößen gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz	57%	33%	10%	+ 14%

Quelle: Sinus Sociovision, 2008

Gastbeitrag zur Geschlechterverteilung in Vorständen und Aufsichtsräten

Auf den Vorstandsetagen der Wirtschaft sind fast 700 Manager unter sich

(zwd). Über die gegenwärtige Situation der (Un-)Gleichstellung von Männern und Frauen auf der obersten Führungsebene sowie in deren Kontrollgremium gibt die Studie der Hans-Böckler-Stiftung „Geschlechterverteilung in Vorständen und Aufsichtsräten“ Auskunft. Gerade einmal sechs von 160 untersuchten börsennotierten Unternehmen (DAX 30, MDAX, SDAX, TECDAX) haben mindestens eine Frau sowohl im Vorstand als auch im Aufsichtsrat.

Der Anteil weiblicher Führungskräfte im Vorstand der Unternehmen ist gegenüber dem Vorjahr um magere 0,5 Prozent auf 3 Prozent gestiegen. So können sich aktuell lediglich 16 der untersuchten Unternehmen rühmen, ihre Vorstandsposten mit einer Frau besetzt zu haben. Absolut betrachtet wird die Managementebene von 687 Männern dominiert. Die Zahl der Managerinnen beläuft sich nur auf 21 Personen. Der Anteil der Frauen im Vorstand schrumpft zudem mit einer höheren Börsenplatzierung des Unternehmens. So reduziert sich der Frauenanteil von 5,8 Prozent im TecDAX sukzessive auf bis zu 0,6 Prozent im DAX 30 (vgl. Grafik).

Die Situation im Aufsichtsrat hat sich ebenfalls nur marginal verändert. Der Frauenanteil erhöhte sich dort im Vergleich zum Vorjahr um 0,9 Prozent auf 10,2 Prozent in 2009. Es ist in diesem Zusammenhang jedoch aufschlussreicher zu betrachten, ob der Aufsichtsrat mitbestimmt – also dort Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vertreten sind – oder nicht mitbestimmt ist. So liegt der Frauenanteil in Aufsichtsräten ohne ArbeitnehmerInnen-Vertretung (2,6 %) weit unter dem in Aufsichtsräten mit ArbeitnehmerInnen-

Vertretung (11,7 %). Hier ist es jedoch notwendig, nochmals zu differenzieren: Bei den Aufsichtsrätinnen in mitbestimmten Unternehmen wird zwischen der Vertretung der Anteilseignerinnen und derjenigen der Arbeitnehmerinnen unterschieden. Die Untersuchung hat gezeigt, dass die weiblichen Aufsichtsratsmitglieder in mitbestimmten Unternehmen zu 78

Prozent von der ArbeitnehmerInnen-Seite in dieses Gremium entsandt werden. Bei der Betrachtung der Zusammensetzung des Aufsichtsrats nach den unterschiedlichen Börsensegmenten zeigt sich, dass der Frauenanteil mit steigender Indexplatzierung des Unternehmens nicht linear ansteigt. Jedoch weisen die DAX 30-Unternehmen

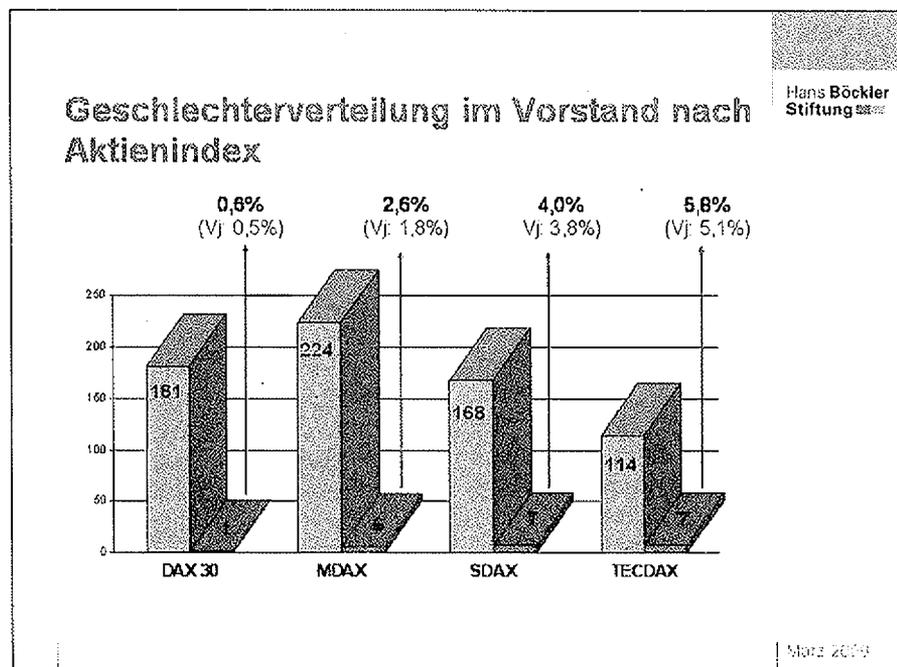
den höchsten Frauenanteil (13,3 %) auf. Dies führen wir darauf zurück, dass die DAX 30 Unternehmen, bis auf zwei Ausnahmen, alle paritätisch mitbestimmt sind, also ein zur Hälfte mit Arbeitnehmervertreterinnen besetztes Aufsichtsratsgremium haben.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass in den untersuchten börsennotierten Unternehmen nach wie vor ein erhebliches Ungleichgewicht zwischen den Geschlechtern bei der Besetzung von Führungspositionen herrscht. Aktive Maßnahmen zur Gleichstellung von Mann und Frau in den oberen Wirtschaftsetagen existieren nur wenig.

Marion Weckes, Autorin der Studie „Geschlechterverteilung in Vorständen und Aufsichtsräten“, ist Referatsleiterin von „Wirtschaft III“ (Abt. Mitbestimmungsförderung) in der Hans-Böckler-Stiftung.



Marion Weckes, Hans-Böckler-Stiftung



Familienreport 2009

40 % der Alleinerziehenden leben von Hartz IV

zwd Berlin (tag). Die Geburtenrate bei den 30- bis 40-jährigen Frauen nimmt dem Familienreport 2009 zufolge zu. Dieser Trend entspricht einer Entwicklung, die sich in den Staaten Nordeuropas bereits deutlich früher abzeichnete.

Nach den Beobachtungen von Prof. Hans Bertram, Lehrstuhlinhaber für Mikrosoziologie an der Humboldt-Universität Berlin, nähert sich Deutschland einem Trend an, der in den nordischen Ländern bereits vor 20 Jahren sichtbar wurde. Dass sich hierzulande mehr Frauen über dreißig für Kinder entscheiden führt Bertram auf den seit 2005 von der Bundesregierung praktizierten Policy-Mix „Zeit, Geld, Infrastruktur“ zurück. Diese Politik wertete der Wissenschaftler, welcher die Arbeit des Ende 2006 vom Bundesfrauenministerium (BMFSFJ) eingerichte-

vielen Jahren wieder mehr Kinder geboren als im Vorjahr.“ Auch für das Jahr 2008 setzte sich diese Entwicklung nach Angaben des Statistischen Bundesamtes weiter fort: So wurden beispielsweise in der Bundeshauptstadt Berlin nach einer Befragung der Berliner Standesämter vom Dezember so viele Kinder geboren wie seit 1990 nicht mehr.

SPD: „Sozialdemokratische Familienpolitik wirkt“

Für die familienpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Ca-

ren Marks, belegt der Familienreport, dass „gute Betreuung, wirksame Finanzhilfen und lokale Allianzen für Familien“ als Markenzeichen sozialdemokratischer Familienpolitik ihre Wirkung zeigten. „Der positive Trend bei den Geburten hält an, und das nicht wegen, sondern trotz konservativer Familienministerin“, unterstrich Marks. Sie begrüßte auch, dass sich Männer zunehmend mehr Kinder wünschen und

aktive Väter nicht mehr wie die „Nadel im Heuhaufen“ gesucht werden müssten.

An Ministerin von der Leyen richtete sie den Appell, die Politik für aktive Väter weiter fortzusetzen: „Die Familienministerin muss endlich bei partnerschaftlichen Modellen beim Elterngeld den Fuß von der Bremse nehmen.“ Eltern, die gleichzeitig in Teilzeit gehen, sollten beim Elterngeld nicht länger benachteiligt werden, lautete Marks' Forderung.

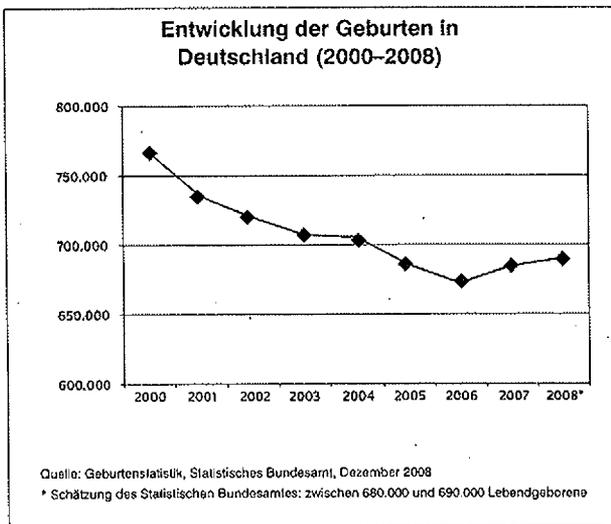
CDU/CSU: Partnermonate beim Elterngeld ausweiten

„Die Ergebnisse des Familienreports zeigen deutlich, dass wir mit unserer Familienpolitik auf dem richtigen Weg sind“, lautete die Bilanz von Ingrid Fischbach, Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Ihre Fraktion habe mit Kinderzuschlag, Erhöhung des Kindergeldes, Ausbau der Kinderbetreuung, steuerlicher Absetzbarkeit von familienunterstützenden Dienstleistungen und Elterngeld die Situation für Familien in Deutschland verbessern können. Jetzt gelte es, diese Verbesserungen weiter auszubauen, zum Beispiel durch eine Ausweitung der Partnermonate beim Elterngeld oder die weitere Förderung von hausnahen Dienstleistungen. Auch die Situation von Frauen, die nach einer Familienphase den Wiedereinstieg in die Erwerbstätigkeit suchen, muss laut Fischbach weiter verbessert werden, damit sich die Entscheidung für eine Auszeit nicht im Nachhinein als Sackgasse herausstellt.

Sozialverbände: „Politisches Wahlkampfgeklingel“

Die Arbeiterwohlfahrt (AWO) und das Zukunftsforum Familie (ZFF) kritisierten den Familienreport als „Wahlkampfgeklingel“, das an den konkreten Problemen der Familienpolitik vorbeigehe. „Primär geht es ja nicht nur um eine Steigerung der Geburtenrate, sondern vor allem darum, Kinder optimal zu fördern“, betonte Rainer Brückers aus dem Bundesvorstand der AWO. Solange in Deutschland drei Millionen Kinder in Armut lebten und jedes Jahr 80.000 Jugendliche ohne Schulabschluss blieben, sei dieses Ziel nicht erreicht, ergänzte Brückers. Die ZFF-Geschäftsführerin Barbara König begrüßte das Elterngeld als „wichtigen Schritt“ zu einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Fortsetzung auf Seite 8



ten Kompetenzzentrums für familienpolitische Leistungen begleitet, als zukunftsweisend.

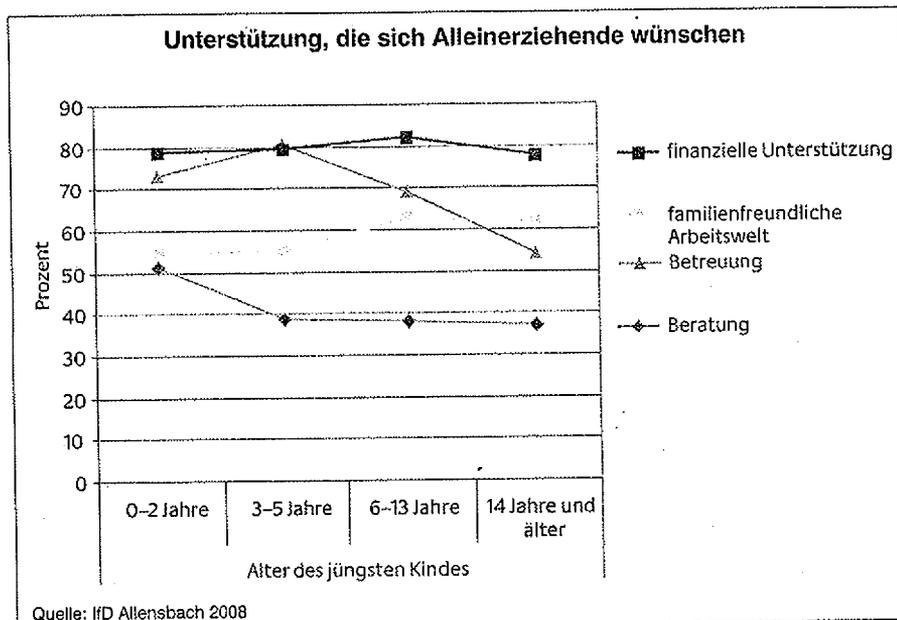
Aufwärtstrend bei den Geburten seit 2007

Nach dem aktuellen Familienreport, den Bundesfrauenministerin Ursula von der Leyen (CDU) am 16. Februar in Berlin vorstellte, setzte vor zwei Jahren auch ein Aufwärtstrend in der Geburtenentwicklung insgesamt ein: „Im Jahr 2007 wurden zum ersten Mal seit

Fortsetzung von Seite 7

Allerdings fänden viele Eltern insbesondere in Westdeutschland nach einem Jahr keinen Kita-Platz und müssten eine längere berufliche Auszeit nehmen als sie eigentlich wollten und sich leisten könnten. Die ZFF-Geschäftsführerin König bemängelte weiter, dass bisher erst 16 Prozent der Väter eine Elternzeit nähmen – die allermeisten davon nur zwei Monate. Zur Verbesse-

passende Qualifizierungsangebote“, schlussfolgerte Bundesministerin von der Leyen. Sie verwies in diesem Zusammenhang auf ein Kooperationsprojekt des BMFSFJ mit der Bundesagentur für Arbeit (BA) und dem Bundesarbeitsministerium (BMAS). Ziel dieses Projektes sei es, eine arbeitsteilige Netzwerkstruktur mit wechselseitigen Impulsen aufzubauen. Dabei sollen unter anderem Bildungsträge-



rung der Situation forderten AWO und ZFF mehr Flexibilität bei der Kombination von Elterngeld und Teilzeitarbeit. „Das ist insbesondere auch für Väter attraktiver als längere Zeit ganz aus dem Job zu gehen“, betonte König.

Herausforderung „Alleinerziehende“

Als große künftige Herausforderung wird im aktuellen Familienbericht die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für allein erziehende Frauen herausgestellt. Zwar stünden weibliche Alleinerziehende bei Bildungsabschlüssen und Ausbildungsniveau Müttern in Paarfamilien nicht nach. Dennoch bezögen 40 Prozent der Alleinerziehenden – 660.000 Personen mit rund einer Million Kindern – Arbeitslosengeld II. Alleinerziehende benötigten deshalb „spezifische Unterstützung bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie

rinnen, Kindertagesstätten, SGB II-Einrichtungen und Beschäftigungsträgerinnen Teil des Netzwerkes bilden.

Angesichts der Tatsache, dass 40 Prozent der allein erziehenden Eltern von Hartz IV lebten, gebe es keinen Grund zum Feiern, kommentierte Ekin Deligöz, kinder- und familienpolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion im Bundestag, den Familienreport. Auch Jörn Wunderlich von der Linksfraktion im Bundestag kritisierte, dass vor allem Einelternfamilien trotz Arbeit in Armut lebten. Dies sei vor allem auf fehlende Kinderbetreuung zurückzuführen. Für ihn bleibt es „ein Geheimnis“, warum von der Leyen vorgebe, dass allein erziehende Familien im Mittelpunkt der Regierungspolitik stehen. Denn der Kinderbonus aus dem Konjunkturpaket etwa werde Alleinerziehenden auf den Unterhalt angerechnet. ■



Equal Pay Day 2009

Computerprogramm soll Entgeltungleichheiten aufdecken

zwd Berlin (jvo). Anlässlich des Equal Pay Day 2009 hat Bundesministerin Ursula von der Leyen (CDU) das Schweizer Selbsttestinstrument Logib für Deutschland vorgestellt. Mit dem Computerprogramm könnten Unternehmen überprüfen, ob es Entgeltunterschiede zwischen Frauen und Männern gibt und was die Ursachen dafür sind, erläuterte die Ministerin am 19. März in Berlin.

In einer ersten Pilotphase werden in den kommenden Monaten ausgewählte Unternehmen – darunter Microsoft Deutschland, der Krankenhausbetreiber Marienhaus sowie die Deutschen Rentenversicherung Braunschweig-Hannover – das Programm anwenden.

Vorgesehen ist es, den Testlauf bis Sommer 2009 abzuschließen. Danach soll der computerbasierte Selbsttest allen Unternehmen zur Verfügung stehen,

gab von der Leyen bekannt. Bei einem negativen Ergebnis plane das Bundesfrauenministerium darüber hinaus, den Unternehmen Beratungsleistungen anzubieten.

Als Grundlage für die Berechnung von Entgeltunterschieden dienen die Daten zur Höhe des Einkommens sowie zur Qualifizierung der einzelnen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen und deren Anforderungen am Arbeitsplatz.

Schweizer Vorbild: Massive Lohnkorrekturen

Das Computerprogramm Logib-D basiert auf einem System, welches für die Schweiz entwickelt wurde. Den Anstoß dazu gab eine Gesetzesänderung. Diese sah vor, dass nur Unternehmen, die Lohngleichheit einhalten, öffentliche Aufträge erhalten dürfen. Das Programm dient

den Behörden seitdem als Kontrollinstrument.

Die Reaktion der Unternehmen auf die Einführung von Logib sei sehr unterschiedlich gewesen, erläuterte Silvia Strub vom Schweizer Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien. Es gab solche, die zuvor schon freiwillig Selbsttests durchgeführt hatten und aufgrund der Ergebnisse teilweise massive Lohnkorrekturen bei den Frauen vornahmen. Allerdings wurde

nur ein kleiner Teil über die Freiwilligkeit erreicht, fügte sie hinzu. Mit dem Gesetz im Hintergrund habe sich diese Zahl deutlich vergrößert.

Arbeitsminister Scholz fordert scharfe Kontrollmechanismen

Von der Leyens Konzept basiert allein auf freiwilliger Selbstkontrolle. Die Ministerin setzt darauf, dass sich positive Ergebnisse zu einem „Markenzeichen für die Unternehmen“ entwickeln und sie selbst ein Interesse daran haben, Lohnunterschiede zu beseitigen.

Ihrem Kabinettskollegen Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD) reicht dieser Appell nicht. Bei einer Veranstaltung der Hans-Böckler-Stiftung schlug er vor, eine „Entgeltgleichheitsstelle“ als Kompetenzzentrum bei der Antidiskriminierungsstelle des Bundes einzurichten. Diese Stelle solle mit Lohnmessungen in Unternehmen ermitteln, ob in konkreten Fällen ungerecht bezahlt wird. Gleichzeitig sollten Betriebsräte das Recht erhalten, von ArbeitgeberInnen eine statistische Auswertung der geschlechtsspezifischen Bezahlung in Unternehmen zu erhalten, forderte er.

Auch das Schweizer Modell, öffentliche Aufträge an die Bedingung der Lohngleichheit zu knüpfen, kommt für den Minister in Betracht. Mit dem Gesetz zur Modernisierung des Vergabebereichs werde es möglich sein, soziale Kriterien für die Ausführung von öffentlichen Aufträgen zu formulieren, erläuterte er. In diesem Zusammenhang könnten gleiche Entgelte für Frauen und Männer verbindlich festgeschrieben werden.



Frauenministerin von der Leyen (CDU) setzt auf freiwillige Lohntests.



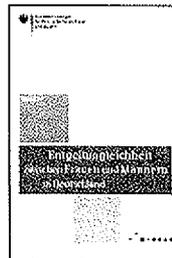
Arbeitsminister Scholz (SPD) fordert Kontrolle durch Betriebsräte.

BMFSFJ-Dossier zur Entgeltgleichheit

Die Bundesregierung will die Lohnlücke bis 2020 von derzeit 23 Prozent auf 10 Prozent reduzieren. So lautet das Ziel ihrer Nachhaltigkeitsstrategie zur Überwindung der Entgeltgleichheit. In einem am 19. März veröffentlichten Dossier hat das Bundesfrauenministerium seine Instrumente zur Schließung der Lohnlücke dokumentiert. Diese konzentrieren sich im Wesentlichen darauf,

- ein Umfeld für Frauen und Männer zu schaffen, das sie nicht vor die Wahl zwischen Kind und Karriere stellt,
- das Berufswahlverhalten von Frauen und Mädchen zu verändern,
- Corporate Governance-Strukturen (Grundsätze guter Unternehmensführung) zu transparenteren Arbeitsbewertungsverfahren zu verändern und
- strategische Partnerschaften zur Sensibilisierung und Mobilisierung der Tarifparteien einzugehen.

Zum Download unter www.frauen.zwd.info → Dokumente



Entgeltgleichheit

Überdurchschnittlich hohes Verdienstgefälle zwischen den Geschlechtern in Deutschland

zwd Berlin (tag). Zu den dominierenden Themen des ersten Quartals 2009 zählt das Entgeltgefälle zwischen Männern und Frauen. Während hierzulande die Regierungsfractionen von CDU/CSU und SPD dazu eigene Gleichstellungsbeschlüsse präsentierten, stellte EU-Kommissar Vladimír Špidla den EU-Gleichstellungsbericht 2009 sowie eine europaweite Kampagne zum Abbau des geschlechtsspezifischen Lohngefälles vor.

Nach dem Kommissionsbericht liegt der relative Unterschied des Bruttostundenverdienstes von Frauen und Männern in Deutschland bei 23 Prozent (24 % in West- und 6 % in Ost-Deutschland). Der EU-Durchschnittswert beträgt dagegen 17,5 Prozent. Gravierende Entgeltunterschiede bestehen selbst dann, wenn Männer und Frauen im gleichen Betrieb mit identischen Qualifikationen dieselbe berufliche

Tätigkeit ausüben, geht aus einer bislang unveröffentlichten Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hervor. Danach verdienen Arbeitnehmerinnen in Westdeutschland rund zwölf Prozent weniger als ihre Kollegen.

Konzepte der Regierungsfractionen

Um gegen die immer noch bestehende Entgeltungleichheit zwischen Frauen und Männern vorzugehen, haben die Regierungsfractionen von CDU/CSU und SPD am 3. März zeitgleich eigene Positionspapiere zur Gleichstellung von Männern und Frauen beschlossen (vgl. auch die Seiten 4–5). Ein gesetzlicher Mindestlohn in Verbindung mit einem verbindlichen Diskriminierungsscheck für Tarifverträge könne zu mehr Lohngleichheit führen, kommentierte die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Christel Humme, den Beschluss ihrer Fraktion „Jetzt sind Frauen dran: Gleiche Chancen im Beruf verwirklichen“. Auch eine Quote für die Besetzung von Aufsichtsräten sei erforderlich, da die dortige Männerdominanz ein Grund für die bestehenden Benachteiligungen von Frauen bei Bezahlung und Führungspositionen darstelle.

Die CDU/CSU-Fraktion will mit ihrem Maßnahmenpaket unter anderem die Förderung von Frauen in Unternehmen ausbauen, Transparenz in Gehaltsstrukturen schaffen und die Aufstiegschancen von Frauen verbessern. Aus ihrem Beschluss „Ursachen der Entgeltungleichheit zwischen Frauen und Männern bekämpfen“ geht zudem hervor, dass

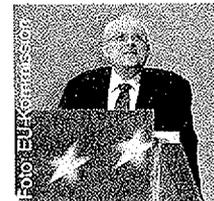
freiwillige Vereinbarungen für die Privatwirtschaft favorisiert werden.

Forderungen der Opposition

Die frauenpolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion im Bundestag, Irmingard Schewe-Gerigk, erinnerte an die Januar-Anhörung zur Entgeltgleichheit im Bundestag. Nun gelte es, zu den Vorschlägen der Sachverständigen Gesetze zu erlassen. Im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) etwa müsse das ausdrückliche Verbot der Lohnungleichheit, die Beweislastumkehr und ein deutlicher Ausbau der Auskunftsrechte der Diskriminierten gegenüber den Unternehmen aufgenommen werden. Ein Verbandsklagerecht für Antidiskriminierungsverbände sowie ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft sind weitere Forderungen der Grünen-Fraktion. Auch die Bundespartei Die Linke sprach sich für ein Gesetz zur Gleichstellung von Männern und Frauen in der Privatwirtschaft aus. „So lange die frauenfeindliche Steuerklasse V nicht abgeschafft ist, wird Deutschland die Rote Laterne beim Ländervergleich zum Lohngefälle behalten“, gab Ina Lenke, frauenpolitische Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion zu bedenken.

Špidla: Alle Ebenen befragt

„Notwendig sind Maßnahmen auf allen Ebenen sowie das Engagement aller Be-



EU-Kommissar Vladimír Špidla gab Anfang März den Startschuss für die EU-Kampagne zum Abbau des geschlechtsspezifischen Entgeltgefälles

teiligten, von den ArbeitgeberInnen und Gewerkschaften bis hin zu den nationalen Behörden und dem einzelnen Bürger“, betonte Špidla während der Vorstellung der EU-Kampagne zur Abbau der Entgeltkluft. In der derzeitigen Wirtschaftslage sei die Gleichbehandlung von Männern und Frauen wichtiger denn je.

www.zwd.info → Dossier

Gleichstellung

zwd Berlin (tag). Zur Titelgeschichte „Gleichstellung“ hat der zwd zentrale Dokumente für Sie zusammengestellt:

- SPD-Beschluss „Jetzt sind Frauen dran: Gleiche Chancen im Beruf verwirklichen“, 03.03.09
- CDU/CSU-Beschluss „Ursachen der Entgeltungleichheit zwischen Frauen und Männern bekämpfen“, 03.03.09
- EU-Gleichstellungsbericht 2009
- Eurobarometer: Umfrage zu Frauen und Wahlen sowie zu gleichstellungspolitischen Prioritäten für das nächste Europaparlament,
- Dokumente zur EU-Kampagne „Abbau des geschlechtsspezifischen Lohngefälles unter: <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=681>
- Abschlussbericht des CEDAW-Ausschusses, 10.02.09
- Offener Brief des Deutschen Juristinnenbundes (djb) an Bundesfrauenministerin Ursula von der Leyen (CDU) zum CEDAW-Abkommen – Reaktionen auf den Bericht des CEDAW-Ausschusses, 04.03.09

Sexistische Werbung

Die Beschwerden von Bürgern wegen frauenfeindlicher Werbung haben zugenommen. 2008 wurden aus diesem Grund Beschwerden gegen 110 Kampagnen eingereicht. Das waren 42 Prozent aller Beschwerdefälle - eine deutliche Steigerung gegenüber dem Vorjahr (33 Prozent). (taz 25.03.09)



„Hartz-IV-Frauen nehmen Qualifizierungsangebote zu selten wahr“

„Frauen nehmen im Vergleich zu Männern seltener an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik teil.“ Insbesondere allein erziehenden Frauen und solche mit Kindern unter 3 Jahren würden diese Maßnahmen „höchstselten“ in Anspruch nehmen, heißt es in einem Bericht, den die Bundesregierung dem Bundestag zugeleitet hat. Inwieweit dies auf die „erleichterte Verfügbarkeitsregelung oder aber auf fehlende Möglichkeiten der Kinderbetreuung“ zurückzuführen sei, könne nicht abschließend beantwortet werden“, heißt es in dem Papier. Auffallend sei, dass vor allem hoch- und höchstqualifizierte Frauen „verstärkt Zugang zu Qualifizierungsmaßnahmen erhalten“. Auch hier fehlt es dem Bericht an Klarstellung. Es heißt: „Hier muss offen bleiben, ob dies das Ergebnis einer besonders intensiven Förderung von Berufsrückkehrerinnen oder als Fehlallokation zu deuten ist“. Der Bericht hat die Aufgabe, die Umsetzung des SGB II einerseits durch die ARGEN und andererseits durch die rein kommunalen Träger (zkt) der Grundsicherung zu analysieren. Er kommt kurz zusammengefasst zu folgenden Ergebnissen:

- Die ARGEN aktivieren schneller, arbeiten vermittlungsorientierter und achten stärker auf die Integration in bedarfsdeckende Beschäftigung.
- Die ARGEN setzen stärker auf Sanktionen als die zkt.
- Zur Integration in den Arbeitsmarkt nutzen die ARGEN mehr Lohnsubventionen als die zkt.
- Die zkt subventionieren die Beschäftigungsaufnahme weniger, nutzen aber häufiger die Kombination aus Erwerbseinkommen und ALG II.
- Die zkt verfolgen eine eher „sozialintegrative Strategie“, was aber dazu führen könne, „dass möglicherweise die Eigeninitiative der Hilfebedürftigen weniger aktiviert wird und Arbeitsmarktchancen ungenutzt bleiben.“

(fpd 10.03.09)

Frauenministerin gegen gesetzliche Vorgaben zu Mindestlohn und Gleichstellung

Bundesfrauenministerin Ursula von der Leyen hat aus Anlass des Equal Pay Day betont, die Politik könne in beschränkten Rahmen bessere Bedingungen für die beruflichen Chancen von Frauen schaffen, aber nicht in Lohnverhandlungen eingreifen. Ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft - lehnte sie ebenso ab wie eine gesetzliche 40%-Frauenquote für Aufsichtsräte börsenorientierter Unternehmen. Sie setze weiterhin auf das Prinzip der Freiwilligkeit, betonte die Ministerin.

Nach Mitteilung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hat die Lohnungleichheit in den letzten 15 Jahren in Deutschland kaum abgenommen. In allen EU-Mitgliedsstaaten hätten sich seit 1995 die Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern verringert. In Deutschland seien sie dagegen nach einer leichten Abwärtsbewegung seit dem Jahr 2000 wieder angestiegen.

(fpd 01.04.09)

Schuldprinzip bei Scheidung kehrt zurück

Das jetzt bekannt gewordene Urteil des Oberlandesgerichtes Zweibrücken zum Verwirken des Unterhaltsanspruchs durch „Fremdgehen“ in der Ehe stößt bei RechtsanwältInnen auf Kritik. Angelika Nake, Vorsitzende der Familienrechtskommission im Deutschen Juristinnenbund, erklärte, sie halte das Urteil zum Trennungsunterhalt für „grundsätzlich falsch“. Es zeige sich, dass seit Inkrafttreten des neuen Unterhaltsrechts wieder ein „moralischer Ton“ in manche Gerichtsentscheidungen einziehe. Das Oberlandesgericht Zweibrücken hatte entschieden, dass eine Frau nach 25-jähriger Ehe keinen Trennungsunterhalt vom Ehemann bekommt, da sie noch während der Ehe ein Verhältnis mit einem anderen Mann begonnen hatte, mit dem sie seit der Trennung auch zusammenlebt. Die Frau übte während der Ehe nur Aushilfstätigkeiten aus, ihr Ehemann ist pensionierter Diplomingenieur.

Aus der Ehe ging ein Sohn hervor. Das Gericht berief sich auf die neuere Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes, die verlassenen Ehegatten einen „Härtegrund“ zugestehe, wenn das Prinzip der Gegenseitigkeit verletzt sei. Dies sei der Fall, wenn sich der Unterhaltsberechtigte „einem anderen Partner zuwende und jenem die dem Ehegatten geschuldete Hilfe und Fürsorge zuteil werden lasse“, so das OLG Zweibrücken. Laut dem Bürgerlichen Gesetzbuch kann ein „schwerwiegendes Fehlverhalten“ in der Ehe zum Verwirken des Unterhaltsanspruchs führen. Zu diesem Fehlverhalten zähle der „Ausbruch aus intakter Ehe“, sagte Claus Kratz, Mediensprecher des OLG Zweibrücken. Ein Urteil wie in Zweibrücken sei inzwischen häufige Praxis der Oberlandesgerichte. Die entscheidende Frage vor Gericht sei dabei, ob die Ehe vor Aufnahme der neuen Beziehung noch intakt gewesen sei oder nicht. Rechtsanwältin Nake rügte, es sei gerichtlich schwer zu klären, wer für das Scheitern einer Ehe verantwortlich sei. Es könne auch sein, dass sich der Mann „eheschädigend“ verhalten habe und die Aufnahme der neuen Beziehung der Frau eine Folge davon war. In der Scheidungsreform von 1976 sei das Schuldprinzip abgeschafft worden, weil man vor Gericht genau diese schmutzige Wäsche nicht mehr waschen wollte. (AZ 2 UF 102/08)

(taz, 06.03.09)

Perspektive Wiedereinstieg

Das Aktionsprogramm "Perspektive Wiedereinstieg" des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat Essen als einzigen Projektstandort in NRW.

Der Verein "Die Spinnen e.V.", Fachstelle Frauen und Beruf Essen hat neben bundesweit 16 anderen Projektträgern (125 Anträge wurden gestellt) den Wettbewerb gewonnen. Für das auf drei Jahre ausgerichtete Programm stehen 14 Millionen Euro aus dem Europäischen Sozialfonds zur Verfügung, aber auch Mittel der Bundesagentur für Arbeit fließen in das Projekt.

Das Aktionsprogramm richtet sich an Frauen, die nach einer mindestens dreijährigen Berufsunterbrechung wegen Familientätigkeit/Pflege von Angehörigen wieder in die Erwerbstätigkeit zurückkehren wollen. Im Rahmen der Modellphase werden die Frauen durch Beratungs/Orientierungsangebote und Qualifizierungsmaßnahmen auf den beruflichen Wiedereinstieg vorbereitet und in der oft schwierigen Umbruchsphase beim Wiedereinstieg unterstützt. Auch die Väter sollen in diesen Prozess einbezogen werden.

Weitere Aufgabe des Projektes ist: Die Erwartungen der Frauen und die Erfordernisse der ArbeitgeberInnen müssen in Übereinstimmung gebracht werden, um die Frauen erfolgreich und langfristig in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Hier ist ein wichtiger Aspekt, die Betriebe für die Fähigkeiten und das Wissen von Wiedereinsteigerinnen zu sensibilisieren und Anregungen für familienfreundliche Arbeitsstrukturen zu geben.

In diesem Prozess sollen schon bestehende Netzwerkstrukturen genutzt, aber auch neue Netzwerke geschaffen werden.

„Alle gesellschaftlichen Schichten...“ Studie „Gewalt in Partnerschaften“

„Frauen werden keineswegs nur in sozialen Brennpunkten von ihrem männlichen Partner geschlagen, vergewaltigt, beschimpft oder gedemütigt. Auch in mittleren und hohen Bildungs- und Sozialschichten werden sie in einem viel höheren Maß Opfer von Gewalt als dies bislang bekannt war“. Dies ergab die Studie „Gewalt gegen Frauen in Partnerschaften“, die das Bundesfrauenministerium vorgelegt hat. Trennung oder Scheidung, so wird betont, „erhöhen deutlich die Gefahr für die Frau, Opfer körperlicher oder sexueller Gewalt durch den Partner zu werden“. In fast zwei Drittel der Fälle sei die Gewalt mit einem erhöhten Alkoholkonsum des Täters verbunden; bei einem Drittel spiele dagegen Alkohol keine Rolle. Fast 70 % der von Gewalt betroffenen Frauen beziehen der Studie zufolge ein eigenes Einkommen, gut ein Drittel verfügt sogar über mittlere bis hohe Einkommen. Gewalt in Partnerschaften, „auch schwere Gewalt“, so die Bilanz der Untersuchung sei „nicht ein Problem sozialer Randgruppen“, sondern finde „bislang weitgehend unbemerkt in der Mitte der Gesellschaft statt“. (fpd 15.04.09)



Jungenarbeit

Angesichts der demografischen Entwicklung fehlt für den Ausbau der Kinderbetreuung und die Betreuung von alten Menschen der Nachwuchs. Gerade hier sind junge Männer sehr gefragt: Im Durchschnitt sind nur 3 % des pädagogischen Fachpersonals in Kitas männlich, in der Grundschule 13 % und in Kinder- und Jugendhilfe sind es nur 31 % insgesamt - meist in Leitungspositionen. Besonders in Kitas werden die jungen Männer mit offenen Armen von Erzieherinnen und Eltern empfangen, weil ihr Fehlen als echtes Manko empfunden wird, denn kleine Jungen haben außerhalb der Familie bis zur weiterführenden Schule kaum männliche Identifikationsfiguren. Hier setzt Neue Wege für Jungs mit einem neuen Service für die Berufsorientierung an: Ab sofort gibt es eine Datenbank für Schülerpraktika in Sozial- und Gesundheitseinrichtungen, um interessierte Schüler zu ermutigen, gezielt in soziale und erzieherische Berufe hineinzuschnuppern. Soziale und pflegerische Einrichtungen, die sich gezielt für männlichen Nachwuchs öffnen wollen, können sich als Anbieter für Praktika in einer bundesweiten Datenbank auf www.neue-wege-fuer-jungs.de präsentieren. Interessierte Jungen haben so die Chance, direkt Kontakt zu Ansprechpersonen in ihrer Nähe aufzunehmen - nicht nur für Schnuppertage am 23. April 2009 - dem diesjährigen Girls'Day - Mädchen-Zukunftstag.

„Mit fast ausschließlich weiblichem Personal in den Kitas und Grundschulen ist es trotz aller Bemühungen äußerst schwierig, männliche und weibliche Rollenklischees aufzubrechen“, sagt Miguel Diaz, wissenschaftlicher Referent bei Neue Wege für Jungs. Noch wählen männliche Jugendliche aus einem engen Ausbildungs- und Studienfachspektrum. Gerade im wachsenden Beschäftigungssektor sozialer Dienstleistungen und in der Gesundheitsbranche liegen Zukunftschancen, die gerade Jungen wenig im Blick haben. Auch der Leitantrag der 18. Gleichstellungsministerkonferenz forderte im Herbst 2008 mehr Chancengerechtigkeit durch geschlechtersensible Erziehung, Bildung und Ausbildung und das Ziel, in Bildungseinrichtungen den Männeranteil zu erhöhen, weil er in den letzten Jahren drastisch gesunken ist.

Wohlfahrtsverbände, Kommunen, Kirchen und andere Träger sind aufgerufen, sich auf der Website www.neue-wege-fuer-jungs.de in die Datenbank mit ihrem Engagement einzutragen. Sie setzen damit ein Zeichen und geben Schülern die Chance, sich ein realistisches Bild der sozialpflegerischen Berufe zu machen und ihre Talente im Praktikum auszuprobieren. Anregungen für erfolgreiche Schnuppertage und Berufspraktika für Jungen liefert Ihnen außerdem der "Praxisleitfaden" von Neue Wege für Jungs.

Die Datenbank soll eine erste bundesweite Übersicht bereitstellen, die Lehrkräften und Berufsberatenden, Eltern sowie Jugendlichen eine unkomplizierte erste Kontaktaufnahme zu sozialen Einrichtungen ermöglicht, in denen Jungen ab 12 Jahren als Schülerpraktikanten willkommen sind. Schüler finden die bundesweite Datenbank auch auf der Website www.respekt-jungs.de, dem Portal mit Tipps rund um die sozialen Berufe und um freiwilliges Engagement.

Kontakt: Service-Büro Neue Wege für Jungs
 Wilhelm-Bertelsmann-Straße 10, 33602 Bielefeld,
 fon +49 521 106-73 60, fax +49 521 106-71 71,
 E-Mail: info@neue-wege-fuer-jungs.de,
www.neue-wege-fuer-jungs.de

Neue Wege für Jungs ist ein bundesweites Projekt, das lokale Initiativen zur geschlechtersensiblen Förderung von Jungen bei der Berufs- und Lebensplanung anregt und vernetzt. Als Servicebüro unterstützt es engagierte Fachkräfte mit aktuellen Informationen, Print- und Onlinematerialien und didaktischen Praxishilfen zur geschlechterbezogenen Jungenförderung.

Neue Wege für Jungs wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds.



Ob Voll- oder Teilzeit. Jede dritte West-Frau arbeitet im Niedriglohnbereich

Die Frauenarbeit im Niedriglohnbereich ist in NRW besonders ausgeprägt. Nach einer Untersuchung des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen sind in NRW fast 43 % dieser Frauen Minijoberinnen und nur 26 % vollzeitbeschäftigt. Dagegen, so das IAQ arbeiteten in Westdeutschland jeweils rund ein Drittel der Frauen mit Niedriglohn in Vollzeit, in sozialversicherungspflichtiger Teilzeit und in Minijobs. Die Chance auf eine eigenständige Existenzsicherung sei damit „in NRW besonders schlecht“. Frauen stellten in NRW fast 70 % der Niedriglohnbeschäftigten, obwohl ihr Anteil an allen Beschäftigten nur 49,4 % betrage.

(fpd 15.04.09)



Fachsymposium „Bürgerhaushalt und Gender Budgeting - (wie) geht das zusammen?“

Die Stadt Köln führt das o. g. Symposium u. a. mit Dr. Christine Färber sowie Vertreterinnen der Städte Wien und Freiburg am 05.06.09 von 10.00 - 16.15 in Köln durch. Das Symposium soll klären, ob und wie die innovativen Konzepte „Bürgerhaushalt“ und „Gender Budgeting“ verknüpft werden können. In Arbeitsgruppen werden die unterschiedlichen Ansätze beleuchtet.

Die Veranstaltung ist kostenfrei. **Verbindliche Anmeldung unter: buengerhaushalt@stadt-koeln.de**. Anmeldeschluss ist der 08.05.09

Anzahl der Frauenhäuser und Frauenhausplätze in Deutschland

Stand: Juni 2008

Bundesland	Anzahl FH's	FH-Plätze insgesamt, max. Auslastung (Stand 26.06.2008)	EinwohnerInnen Stand 30.11.2007 Quelle: Stat. Bundesamt; www.destatis.de	EinwohnerInnen je FH-Platz
Baden-Württemberg	42	782	10.753.000	13.750,64
Bayern	39	733	12.523.000	17.084,58
Berlin (ohne Zuf*)	6	292	3.414.000	11.691,78
Berlin (mit Zuf**)		409	3.414.000	8.347,19
Brandenburg	19	272	2.536.500	9.325,37
Bremen	3	107	664.000	6.205,61
Hamburg	5	196	1.770.291	9.032,10
Hessen	31	761	6.074.000	7.981,60
Mecklenburg-Vorpommern	9	159	1.680.800	10.571,07
Niedersachsen	40	690	7.974.000	11.556,52
NRW	73	1.421	18.003.000	12.669,25
Rheinland-Pfalz	19	314	4.047.000	12.888,54
Saarland	4	93	1.037.000	11.150,54
Sachsen	15	283	4.223.000	14.922,26
Sachsen-Anhalt	20	295	2.414.000	8.183,05
Schleswig-Holstein	16	351	2.837.810	8.084,93
Thüringen	17	219,5	2.291.000	10.437,36
Deutschland Gesamt	358	6.968,5	85.656.401	12.291,94

Juni 2008

Basis: Abfrage der Frauenhauskoordinierung e.V. bei allen Frauenhäusern in Deutschland. An der Umfrage haben sich 96 % der Frauenhäuser beteiligt. Zu berücksichtigen sind ggf. noch Plätze in Zufluchtswohnungen, die nicht Frauenhausträgern angeschlossen sind.

*Zuf = Zufluchtswohnungen

**Die Zufluchtswohnungen für Berlin sind gesondert aufgeführt.

Düsseldorf (IT.NRW). Im Sommer 2008 verließen 223 452 Schülerinnen und Schüler eine allgemeinbildende Schule in Nordrhein-Westfalen – nahezu exakt so viele wie ein Jahr zuvor. Wie Information und Technik Nordrhein-Westfalen als Statistisches Landesamt mitteilt, schlossen 59,8 Prozent der Hauptschüler(innen) mit einem Hauptschulabschluss und 30,7 Prozent mit der Fachoberschulreife ab. Von den Realschulabgänger(innen) hatten 2,7 Prozent einen Hauptschul- und 96,3 Prozent den mittleren Schulabschluss in der Tasche. 37,9 Prozent der Gesamtschüler(innen) gingen mit der Fachoberschulreife und 27,7 Prozent mit der Hochschulreife ab. An Gymnasien schlossen 80,8 Prozent der Abgänger(innen) mit dem Abitur ab.

Schulabgänger aus den allgemein bildenden Schulen Nordrhein-Westfalens im Sommer 2008						
Schulform	ohne Abschluss	Hauptschulabschluss	Fachoberschulreife	Fachhochschulreife	Hochschulreife	Insgesamt
Hauptschule	4 662	29 288	15 044	-	-	48 994
Mädchenanteil	39,1 %	42,6 %	47,5 %	-	-	43,8 %
Realschule	592	1 464	53 068	-	-	55 124
Mädchenanteil	44,1 %	46,2 %	51,2 %	-	-	50,9 %
Gesamtschule	1 096	8 738	13 164	2 096	9 615	34 709
Mädchenanteil	46,4 %	45,7 %	48,5 %	57,1 %	55,3 %	50,1 %
Gymnasium	321	667	6 944	4 640	52 794	65 366
Mädchenanteil	44,2 %	53,8 %	54,1 %	55,0 %	56,3 %	55,9 %
sonst. Schulen ¹⁾	7 625	4 855	2 704	1 182	2 886	19 259
Mädchenanteil	38,6 %	37,1 %	50,0 %	44,9 %	55,3 %	42,7 %
Insgesamt	14 296	45 012	90 924	7 918	65 295	223 452
Mädchenanteil	39,7 %	42,9 %	50,4 %	54,0 %	56,1 %	50,0 %

1) Freie Waldorfschule, Förderschule, Volksschule, Weiterbildungskolleg

Nahezu die Hälfte der Schulabgänger im Sommer 2008 waren Mädchen; allerdings waren Schülerinnen bei höheren Abschlüssen mit 56,1 Prozent (Hochschulreife) bzw. 54,0 Prozent (Fachhochschulreife) überrepräsentiert. Bei den Schülertypen mit und ohne Hauptschulabschluss waren dagegen Jungen mit Anteilen von 57,1 bzw. 60,3 Prozent häufiger vertreten. (IT.NRW) (045 / 09) Düsseldorf, den 16. März 2009

Schulabgänger von allgemeinbildenden Schulen in NRW im Sommer 2008

Verwaltungsbezirk Schulform	Schulabgänger					insgesamt
	ohne Hauptschul- abschluss	mit Hauptschul- abschluss	mit Fachober- schulreife	mit Fachhoch- schulreife	mit Hoch- schulreife	
Bergisch Gladbach, Stadt						
Hauptschule	16	134	75	-	-	225
<i>Mädchenanteil</i>	37,5 %	35,1 %	32,0 %	-	-	34,2 %
Realschule	8	12	379	-	-	399
<i>Mädchenanteil</i>	50,0 %	58,3 %	46,2 %	-	-	46,6 %
Gesamtschule	-	34	56	15	87	192
<i>Mädchenanteil</i>	-	55,9 %	44,6 %	53,3 %	71,3 %	59,4 %
Gymnasium	3	11	77	35	480	606
<i>Mädchenanteil</i>	33,3 %	45,5 %	44,2 %	51,4 %	55,6 %	53,6 %
sonst. Schulen*) .	31	13	10	-	13	67
<i>Mädchenanteil</i>	51,6 %	46,2 %	80,0 %	-	38,5 %	52,2 %
insgesamt	58	204	597	50	580	1 489
<i>Mädchenanteil</i>	46,6 %	41,2 %	44,6 %	52,0 %	57,6 %	49,5 %
Burscheid, Stadt						
Hauptschule	3	48	20	-	-	71
<i>Mädchenanteil</i>	-	41,7 %	75,0 %	-	-	49,3 %
Realschule	-	2	93	-	-	95
<i>Mädchenanteil</i>	-	-	44,1 %	-	-	43,2 %
Gesamtschule	-	-	-	-	-	-
<i>Mädchenanteil</i>	-	-	-	-	-	-
Gymnasium	-	-	-	-	-	-
<i>Mädchenanteil</i>	-	-	-	-	-	-
sonst. Schulen*) .	-	-	-	-	-	-
<i>Mädchenanteil</i>	-	-	-	-	-	-
insgesamt	3	50	113	-	-	166
<i>Mädchenanteil</i>	-	40,0 %	49,6 %	-	-	45,8 %
Kürten						
Hauptschule	-	-	-	-	-	-
<i>Mädchenanteil</i>	-	-	-	-	-	-
Realschule	-	-	-	-	-	-
<i>Mädchenanteil</i>	-	-	-	-	-	-
Gesamtschule	2	32	44	9	58	145
<i>Mädchenanteil</i>	100,0 %	43,8 %	38,6 %	55,6 %	46,6 %	44,8 %
Gymnasium	-	-	-	-	-	-
<i>Mädchenanteil</i>	-	-	-	-	-	-
sonst. Schulen*) .	2	3	-	-	-	5
<i>Mädchenanteil</i>	50,0 %	33,3 %	-	-	-	40,0 %
insgesamt	4	35	44	9	58	150
<i>Mädchenanteil</i>	75,0 %	42,9 %	38,6 %	55,6 %	46,6 %	44,7 %

*) Freie Waldorfschule, Förderschule, Volksschule, Weiterbildungskolleg

Schulabgänger von allgemeinbildenden Schulen in NRW im Sommer 2008

Verwaltungsbezirk Schulform	Schulabgänger					insgesamt
	ohne Hauptschul- abschluss	mit Hauptschul- abschluss	mit Fachober- schulreife	mit Fachhoch- schulreife	mit Hoch- schulreife	
Wiehl, Stadt						
Hauptschule	9	87	28	–	–	124
<i>Mädchenanteil</i>	33,3 %	50,6 %	46,4 %	–	–	48,4 %
Realschule	–	3	123	–	–	126
<i>Mädchenanteil</i>	–	–	51,2 %	–	–	50,0 %
Gesamtschule	–	–	–	–	–	–
<i>Mädchenanteil</i>	–	–	–	–	–	–
Gymnasium	–	–	–	6	115	121
<i>Mädchenanteil</i>	–	–	–	33,3 %	53,9 %	52,9 %
sonst. Schulen*) .	31	8	–	–	–	39
<i>Mädchenanteil</i>	45,2 %	12,5 %	–	–	–	38,5 %
insgesamt	40	98	151	6	115	410
<i>Mädchenanteil</i>	42,5 %	45,9 %	50,3 %	33,3 %	53,9 %	49,3 %
Wipperfürth, Stadt						
Hauptschule	5	76	37	–	–	118
<i>Mädchenanteil</i>	60,0 %	36,8 %	40,5 %	–	–	39,0 %
Realschule	–	1	141	–	–	142
<i>Mädchenanteil</i>	–	–	60,3 %	–	–	59,9 %
Gesamtschule	–	–	–	–	–	–
<i>Mädchenanteil</i>	–	–	–	–	–	–
Gymnasium	–	2	16	12	203	233
<i>Mädchenanteil</i>	–	100,0 %	50,0 %	41,7 %	65,0 %	63,1 %
sonst. Schulen*) .	21	6	–	–	–	27
<i>Mädchenanteil</i>	42,9 %	33,3 %	–	–	–	40,7 %
insgesamt	26	85	194	12	203	520
<i>Mädchenanteil</i>	46,2 %	37,6 %	55,7 %	41,7 %	65,0 %	55,6 %
Rheinisch-Bergischer Kreis						
Hauptschule	65	455	229	–	–	749
<i>Mädchenanteil</i>	35,4 %	37,1 %	45,4 %	–	–	39,5 %
Realschule	15	19	948	–	–	982
<i>Mädchenanteil</i>	40,0 %	52,6 %	47,5 %	–	–	47,5 %
Gesamtschule	2	66	100	24	145	337
<i>Mädchenanteil</i>	100,0 %	50,0 %	42,0 %	54,2 %	61,4 %	53,1 %
Gymnasium	3	12	134	76	951	1 176
<i>Mädchenanteil</i>	33,3 %	41,7 %	48,5 %	53,9 %	55,2 %	54,2 %
sonst. Schulen*) .	101	46	10	–	13	170
<i>Mädchenanteil</i>	42,6 %	37,0 %	80,0 %	–	38,5 %	42,9 %
insgesamt	186	598	1 421	100	1 109	3 414
<i>Mädchenanteil</i>	40,3 %	39,1 %	47,1 %	54,0 %	55,8 %	48,4 %

*) Freie Waldorfschule, Förderschule, Volksschule, Weiterbildungskolleg

AMOKLAUF

Im Inneren des Walfischs

Die Mehrzahl der Opfer des Amokläufers von Winnenden war weiblich. Warum leugnen selbst die Ermittler den Faktor Geschlecht?

VON ALICE SCHWARZER

Es ist, als säßen wir im Bauch eines Walfisches. Mittendrin, da, wo der gewaltige Fisch selbst nicht zu sehen ist, sondern nur eine diffuse Undurchdringlichkeit. Anders lässt es sich nicht erklären, dass ein Amokläufer in einer Schule gezielt zwölf Menschen töten kann, von denen elf weiblich sind (und der zwölfte als »Frauerversteher« gilt), aber niemand es sieht. Und was das vollends Beklemmende ist: Nicht nur die Medien wollen es nicht wahrhaben – auch die Polizei und die ermittelnde Staatsanwaltschaft schließen fest die Augen.

»Das Geschlecht«, erklärt Pressesprecherin Claudia Krauth von der zuständigen Stuttgarter Staatsanwaltschaft, »hat für den Täter nach unseren bisherigen Erkenntnissen keine Rolle gespielt.« Welche bisherigen Erkenntnisse? Haben in den Klassen etwa deutlich mehr Mädchen als Jungen gesessen? Nein, sagen die entkommenen SchülerInnen – die Ermittler geben auf diese simple Frage jedoch auch einen Monat nach der Tat noch keine Antwort. Hat der versierte Schütze doch nicht in allen Fällen die SchülerInnen durch »gezielte Kopfschüsse hingerichtet«, wie ein Polizist der Mutter eines Opfers laut ZEIT gesagt haben soll? Auch darauf geben die Ermittler bis Mitte April keine Antwort.

Gibt es bei Tim K., der laut Polizei 200 »Pornobilder« (Fotos? Filme? DVDs?) auf seinem Rechner hatte, darunter 120 sogenannte Bondage-Bilder (also Fesselungen und Folterungen von Frauen), Anzeichen für ein angespanntes, ja aggressives oder gar hasserfülltes Verhältnis zum anderen Geschlecht? Auch darauf bisher keine Antwort von der Staatsanwaltschaft. »Welche Gewalt« auf den 200 Pornos zu sehen ist, sei für die Staatsanwaltschaft »kein verfahrensrelevanter Gesichtspunkt«, antwortete die Pressesprecherin auf Nachfrage.

Das muss man sich mal vorstellen! Wenn von zwölf Ermordeten elf weiblich sind, dann ist die Frage nach dem Geschlecht der Opfer für die Ermittler »kein verfahrensrelevanter Gesichtspunkt«. Das heißt, sie stellen sich gar nicht erst die Frage, warum das so ist! Wie aber kann es überhaupt sein, dass Ermittler ein so zentrales Indiz einfach ignorieren?

Was wohl wäre, wenn Tim K. in einer gemischt deutsch-türkischen Klasse elf Türken und einen Türkenfreund getötet hätte, das habe ich bereits zwei Tage nach der Tat gefragt. Die Antwort ist einfach: Die Hölle wäre los! Jeder halbwegs kritische Ermittler und Journalist würde nicht nur auf diesen Umstand hinweisen, sondern dem auch nachgehen. Und Schlüsse daraus ziehen, zum Beispiel eine Verbindung herstellen zwischen dem Einzeltäter und einem gesellschaftlichen

Klima, in dem Fremdenhass existiert – der vielleicht nicht zufällig in seiner extremsten Zuspitzung solche Formen annimmt.

Leider sind solch simple Parallelen noch immer nötig, um die Ungeheuerlichkeit der Normalität klarzumachen: Die Norm ist, dass Männer Frauen ermorden (in 90 Prozent aller Mordfälle zwischen den Geschlechtern). Weibliche Amokläufer sind (bisher) quasi inexistent. Nicht etwa, weil Frauen die besseren Menschen wären. Nein, weil Frustration und Aggression sich bei Frauen traditionell anders Bahn brechen als bei Männern, nämlich weniger nach außen und mehr nach innen, weniger physisch und eher psychisch.

Reden wir also nicht länger drum herum, und warten wir nicht auf die Erkenntnisse von Ermittlern, die sich die zentralen Fragen noch nicht einmal stellen.

Selbstverständlich hat die Tat von Tim K., dem Mädchenmörder, etwas mit seinem Verhältnis zu Frauen zu tun! Genauer: etwas mit seiner Art, ein Mann werden zu wollen, woran er gescheitert ist.

In der Genderforschung spricht man bei diesen gewalttätigen pubertierenden Jungen von einer »Konstruktion« der Männlichkeit. Denn die Verknüpfung von Männlichkeit und Gewalt hat eine jahrhunderte-, ja jahrtausendealte Tradition. Und schon lange warnen Studien, vor allem aus den USA: Die Männergewalt eskaliert bei sich verändernden Machtverhältnissen zwischen den Geschlechtern. Ein Vater, der 15 Waffen im Haus hat – davon eine im Schlafzimmer! – und über 4000 Schuss Munition, scheint entschlossen, im Konfliktfall Herr über Leben und Tod zu sein. Sein Sohn hat das nun bei seinem eigenen Konflikt in die Tat umgesetzt.

Normal ist es wohl auch, dass ein 18-Jähriger 120 harte Pornos, also Darstellungen sexualisierter Gewalt, auf seinem Rechner hat. So zumindest sieht es der Staatsanwalt. Normal sind auch die Gewaltspiele, die aus Jungs, die in der realen Welt kleine Milchgesichter sind, in der virtuellen Welt große Helden machen – auch das ist in der Tat die Norm, wie eine aktuelle Studie des Kriminologen Christian Pfeiffer belegt.

Sicher, nicht alle Jungen, die aus normalen Familien kommen und keinen Stich bei Mädchen haben, die Pornos konsumieren und Gewaltspiele, werden Amokläufer. Zum Glück. Welcher Auslöser bei Tim K. noch dazugekommen ist, darauf kann vermutlich nur die Familie ganz genaue Antworten geben – und diese Antworten ist sie den Opfern schuldig.

Doch all diese Jungen sind gefährdet. Und sie sind unglücklich. Wir schulden darum nicht nur ihren (potenziellen) Opfern – die selten in der Leichenhalle, aber oft genug in Frauenhäusern landen – die Wahrheit, sondern auch diesen verirrt Jungen. Die Wahrheit über diese Tat und diese Familie und eine Gesellschaft, in der eine solche Untat wachsen kann.

Denn es ist das Wegsehen, das die Tims dieser Welt zur Raserei bringt. Das Gespräch, das ich vor wenigen Tagen mit Sven – einem Mann, der im Alter von Tim beinahe zum Amokläufer geworden wäre – für Emma geführt habe, hat auch mir noch mal einiges klarer gemacht. Der heute 28-Jährige spricht zum ersten

Mal über seine eigenen Amokfantasien und die seiner Kumpel. Damit wir besser verstehen: Sie wollen endlich als Männer wahrgenommen werden, als echte Männer, diese pubertierenden Jungen. Und sei es mit Gewalt.

Denn die Zeiten, in denen nur Männer den exklusiven Zugang zum Wissen und zur Welt hatten, sind vorbei. Heutzutage überholen die Mädchen die Jungen in der Schule, und auch Frauen fahren Auto und umsegeln die Weltmeere. Was also macht den Mann noch zum Mann? Die Gewalt.

Die Männer von heute stehen an einem Scheideweg: Gehen sie auf die Frauen zu – oder schlagen sie auf die Frauen ein? Sven hat sich letztendlich für den ersten Weg entschieden. Tim hat den zweiten Weg gewählt, bis zum bitteren Ende, bitter für seine Opfer, aber auch für sich selbst. Ein stärkeres Zeichen als den Tod kann so einer nicht setzen. Wollen wir wirklich trotzdem weiterhin wegsehen?

Bleibt die Frage, warum so viele Menschen so entschlossen wegsehen, Männer wie Frauen. Das hat wohl etwas mit Erschrecken zu tun und mit Verdrängung. Männer erschrecken vor sich selbst beziehungsweise der Spezies, zu der sie gehören; Frauen erschrecken vor der (potenziellen) Gewalt von Männern. Dieser Amoklauf ist in der Tat eine Lektion für alle Männer und Frauen: als (potenzielle) Täter beziehungsweise Opfer. Denn auch alle Mädchen werden verstanden haben: Die Nichtbeachtung oder Zurückweisung eines Jungen kann heutzutage lebensgefährlich sein.

Mindestens jede dritte Frau hat Gewalterfahrungen am eigenen Leibe gemacht, meist durch den eigenen Mann, Bruder, Vater. Wie fühlen solche Männer sich, wenn sie von dem Massaker hören? Schuldbewusst? Oder ermutigt? Und wie fühlen sich die Mädchen und Frauen, die Opfer dieser Gewalt wurden? Empört? Oder eingeschüchtert?

Der Walfisch, in dem wir sitzen, heißt »Gewalt gegen Frauen«. Für uns ist das so normal, dass wir das Ungeheuerliche daran nicht mehr wahrzunehmen scheinen.

ZEIT ONLINE 2009